



NETZWERK
-BILDUNG

Sabine Achour & Susanne Wagner

„Wer hat, dem wird gegeben.“

UNTERSUCHUNG ZUR POLITISCHEN BILDUNG AN SCHULEN
— ZUSAMMENFASSUNG WESENTLICHER ERKENNTNISSE

Politische Bildung ist ein zentraler Auftrag von Schule, wird in unterschiedlichen Schulformen aber sehr verschieden umgesetzt. In einer Umfrage unter 3.400 Schüler_innen bestätigt sich das Matthäus-Prinzip „Wer hat, dem wird gegeben“: Politische Bildung für Schüler_innen von Gymnasien ist oftmals nicht nur umfangreicher, sondern die Schüler_innen am Gymnasium schätzen ihn als abwechslungsreicher und partizipativer ein

als die Schüler_innen an anderen Schulformen. Ungleiche Teilhabemöglichkeiten an politischer Bildung spiegeln sich auch in den politischen Einstellungen der Schüler_innen wider. Erforderlich ist daher eine Stärkung politischer Bildung an allen Schulen, weil sich herkunftsbedingte Unterschiede der Schüler_innen im Zugang zur politischen Bildung nicht durch die Wahl der Schulform verstärken dürfen.

Politische Bildung steht wieder im Interesse von Politik und Öffentlichkeit. Rechtspopulismus, Diskursverschiebungen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Euroskepsis rücken die Bedeutung von Politikkompetenz und Demokratiefähigkeit für das Bestehen einer offenen Gesellschaft ins Zentrum der Aufmerksamkeit (Achour 2018). Dabei ist die Schule die Institution, die prinzipiell alle jungen Bürger_innen unabhängig vom sozialen, kulturellen und ökonomischen Status des Elternhauses erreichen und auf die Bürgerrolle in der Demokratie vorbereiten soll.

Wer hat, dem wird gegeben: Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung bestätigen allerdings eher das Phänomen einer politischen Ungleichheit entlang der sozialen Ungleichheit (Schäfer 2015) schon in der Institution Schule: Vor allem die Schüler_innen an den Gymnasien, welche häufiger aus bildungsnahen Elternhäusern kommen, über ein höheres kulturelles und oft auch soziales Kapital verfügen¹, profitieren nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ von den hochwertigeren Angeboten der politischen Bil-

dung. „Wer hat, dem wird gegeben“, so lassen sich die Ergebnisse zusammenfassen. Diese ergeben sich aus den folgenden, untersuchten Fragestellungen: Welche Angebote politischer Bildung existieren in den unterschiedlichen Schulformen und Jahrgangsstufen ab Klasse 9 und wie gestaltet sich die Qualität des Unterrichts aus Sicht der Schüler_innen? Wie verhält es sich mit ihrer Politikkompetenz, ihrem Vertrauen in die Demokratie und deren Institutionen, ihrer Partizipation(sbereitschaft), ihren Einstellungen zu demokratischen Grundwerten und zu sozialen Gruppen wie Migrant_innen, Menschen muslimischen und jüdischen Glaubens?

Zur Studie: Befragt wurden (paper/ pencil) knapp 3.400 Schüler_innen an 99 Schulen in den Klassen 9-13 verschiedener Schulformen: Gymnasien, sonstige allgemeinbildende Schulen², berufliche Gymnasien,

Berufs- und Berufsfachschulen. Aus forschungsökonomischen Gründen erfolgte lediglich eine deskriptive statistische Auswertung. Aufgrund der Vielzahl an untersuchten Indikatoren und der unterschiedlichen Befragungsgruppen mit jeweils sehr unterschiedlich hohen Fallzahlen in den jeweiligen Schulformen (z.B. 60% Gymnasialschüler_innen, vgl. Abb. 1) konnten nur bei einigen Ergebnissen inferenzstatistische Berechnungen durchgeführt werden. Eine Prüfung auf Signifikanz wurde lediglich bei den untersuchten Einstellungen zu demokratischen Grundrechten und sozialen Gruppen vorgenommen. Die Akquise erfolgte über die vorhandenen Netzwerke der Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Arbeitsbereiches Politikdidaktik der Freien Universität Berlin, so dass die Untersuchung nicht repräsentativ ist. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass insbesondere für die politische Bildung engagierte Lehrkräfte mit ihren Schüler_innen teilgenommen haben. Das kann (positiv) auf die Ergebnisse gewirkt haben. Diese Rahmenbedingungen müssen bei den Interpretationen jeweils berücksichtigt werden. Nichtsdestotrotz lassen sich insgesamt aufschlussreiche Erkenntnisse zur politischen Bildung zusammenfassen, anhand derer konkrete Handlungsbedarfe formuliert werden können. Die umfangreiche Studie erscheint im Sommer 2019 als Veröffentlichung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Umfang von Politikunterricht: Positiv festzuhalten ist, dass politische Bildung ein fester Bestandteil in allen untersuchten Schulformen und Jahrgangsstufen ab Klasse 9 ist. Es zeigen sich allerdings beträchtliche Unterschiede v.a. zuungunsten derjenigen Schüler_innen,

die nicht das Gymnasium besuchen. Nur etwa die Hälfte der befragten Schüler_innen in den Klassen 9-10 hat politische Bildung in einem eigenständigen Fach. Die Gymnasialschüler_innen sind hier mit 55% privilegierter als die Schüler_innen an den sonstigen allgemeinbildenden Schulen (44%). Von den Gymnasiast_innen haben knapp 60% zwei Stunden Unterricht, dies trifft nur auf ein Drittel der anderen Schüler_innen in den Klassen 9-10 zu. Diese elitäre Schlagseite des Politikunterrichts verschärft sich durch eine Verschiebung zu „mehr Politikunterricht“ (2-3 Stunden) in den Klassen 11-13 der zum Abitur führenden, allgemeinbildenden Schulen, während an den Berufsschulen 56% der Befragten lediglich von einer Stunde Unterricht berichten.

Leichte soziale Schieflage bei der Qualität politischer Bildung: Politische Bildung ist nach Aussage der Schüler_innen an den Gymnasien stärker von sogenannten didaktischen „Gütekriterien“ wie Kontroversität, Aktualität und Exemplarität (Sander 2015) geprägt. Dies ist an den anderen Schulformen nicht nur seltener der Fall, sondern zugleich wird der Politikunterricht dort eher als langweilig, oberflächlich oder kompliziert wahrgenommen (vgl. Abb. 2). Ebenfalls werden bei den Gymnasiast_innen die Fähigkeiten des Analysierens (Mittelwerte von 3,9 vs. 3,6), des Urteilens (Mittelwerte von 4,0 vs. 3,7) und des Handelns (Mittelwerte von 3,3 vs. 3,1)³ etwas ausgeprägter gefördert als bei den anderen Schüler_innen⁴. Dies gleicht sich in den Klassen 11-13 an und unterscheidet sich dann v.a. in Hinblick auf die beruflichen Schulen. Der Schwerpunkt liegt v.a. bei der politischen Analyse- und

Abbildung 1: Verteilung der Stichprobe nach Schulform

	Häufigkeit	in Prozent
Gymnasium	2.000	59,2 %
Schule mit mehreren Bildungsgängen (SMBG)	405	12,0 %
Integrierte Gesamtschule (IGS)	354	10,5 %
Realschule	178	5,3 %
Berufliches Gymnasium	69	2,0 %
Berufsschule	285	8,4 %
Berufsfachschule	71	2,1 %
Fachoberschule	16	0,5 %
Gesamt	3.378	100,0 %

Urteilsfähigkeit. Formen des (simulativen) politischen Handelns (wie Pro/Contra-Debatten, Zukunftsszenarien, Rollenspiele) werden nur manchmal eingesetzt (Ausnahme: Pro/Contra-Debatten in den Jahrgangsstufen 11-13). Chancen auf reales, politisches Handeln durch Exkursionen zu und Diskussionen mit politischen Akteuren oder (Beteiligungs)Projekte stehen möglicherweise auch im Widerspruch zur häufigen Einstündigkeit des Faches und der 45'-Taktung.

FORMATE DEMOKRATISCHER BETEILIGUNG UND MITBESTIMMUNG

Schulfachübergreifende Formate der Demokratiebildung sollen Demokratie und Politik erfahrbar machen, Handlungskompetenzen fördern und zur Öffnung von Schule beitragen (Diedrich 2008; Himmelmann 2001). Nach Angaben der Schüler_innen werden solche Formate häufiger an Gymnasien als an anderen Schulformen angeboten: z.B. Schulversammlungen, die Mitarbeit in der Schülerzeitung, Exkursionen zu gesellschaftspolitischen Organisationen oder Erinnerungsstätten (Vgl. Abb. 3)

Die enorme Spannweite zwischen den Schulformen zeigt sich auch in Bezug auf das Einladen von externen Vertreter_innen aus Politik, NGO's oder Demokratieprojekten (z.B. Schule ohne Rassismus): Zwischen 19 % (Berufsschulen) und 45 % (Gymnasien: Jahrgänge 11-13) gaben an, dass dies in den letzten 12 Monaten der Fall gewesen sei. Hervorzuheben ist, dass sich aus Sicht der befragten Schüler_innen unabhängig von den Schulformen die Schulen überwiegend durch eine demokratische Schulkultur auszeichnen. Gelebt werden v.a. die Meinungsvielfalt und -äußerung. Lediglich Schüler_innen von Berufsschulen und Berufsfachschulen nehmen nur teilweise eine demokratische Schulkultur wahr, so z.B. bei der Frage, ob Schule ein Ort sei, an dem Fairness und Toleranz gelernt werde. Hier liegt der Mittelwert auf einer 5-stufigen Skala bei den Berufs(fach)schulen bei 3,3, an den Gymnasien und sonstigen Allgemeinbildenden Schulen bei 3,8 bzw. 3,7.

POLITIKKOMPETENZ AUS SICHT DER SCHÜLER_INNEN: POLITIK ALS ELITÄRES PROJEKT?

Insgesamt schätzen die Schüler_innen ihre politische Kompetenz als „gut“ ein. Die meisten trauen sich zu, vor der Klasse über ein soziales oder politisches Pro-

blem zu sprechen oder einen politischen Standpunkt zu einem bestimmten Problem zu vertreten. Vor dem Hintergrund der Asymmetrie in Quantität und Qualität der politischen Bildung verbunden mit einem häufig höheren kulturellen Kapital ist es aber in der Gesamtschau kaum überraschend, dass vor allem Schüler_innen in der gymnasialen Oberstufe sich selbst am politisch kompetentesten sehen, während Schüler_innen der beruflichen Schulen das am wenigsten von sich behaupten (vgl. Abb. 4).

Ist das Interesse für Politik seitens der Schüler_innen in den Klassen 9 – 10 aller Schulformen „mittelmäßig“, zeigen sich die Schüler_innen an Gymnasien in den höheren Jahrgängen dann nach eigenen Angaben stark an Politik interessiert (Mittelwert 3,5 auf einer 5-stufigen Skala) und das Interesse der Schüler_innen an den sonstigen allgemeinbildenden Schulen nähert sich dem an (Mittelwert 3,4), das Interesse der Schüler_innen an den weiteren Schulformen ist deutlich geringer (Mittelwert 2,7/2,8). Ebenfalls geben die (v.a. älteren) Schüler_innen an Gymnasien an, eher zu problembezogener Partizipation bereit zu sein und diese stärker zu realisieren (vgl. Abb. 5).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die Schüler_innen durch eine demokratische Grundhaltung auszeichnen. So sprechen sich die meisten für demokratische Grundrechte aus⁵ und die deutliche Mehrheit der Befragten hält die Demokratie für eine gute Staatsform. Die Werte reichen hier von 62% (bei Schüler_innen der Jahrgangsstufen 9 und 10 der „sonstigen allgemeinbildenden Schulformen“) bis zu 92% (bei den Gymnasialschüler_innen der Jahrgangsstufen 11-13). Die jeweils (etwas) positiveren Einstellungen der Gymnasialschüler_innen hinsichtlich Demokratie und Grundwerten – in den höheren Klassen nähern sich die Werte der allgemeinbildenden Schulen häufig an, die der beruflichen allerdings nicht – zeigen sich auch beim Vertrauen in Institutionen und gesellschaftliche Akteure⁶ sowie in einer stärkeren Ablehnung autoritärer Eingriffe des Staates. Auch fallen die Einstellungen der Gymnasiast_innen zu sozialen Gruppen wie Menschen muslimischen und jüdischen Glaubens, mit Migrationsbezügen oder Asylsuchenden positiver aus als die aller anderen Schüler_innen.

Diese Unterschiede im Antwortverhalten gehen auch mit dem unterschiedlichen Bildungsgrad der Eltern und dem kulturellen Kapital an den jeweiligen Schulformen einher. Hierbei handelt es sich um Zusammenhänge, die sich in anderen Studien ebenfalls finden lassen (Zick/ Küpper/ Krause 2019; Gaiser 2016; Abs/

Hahn-Laudenberg 2018). Abbildung 6 illustriert die beiden Pole im Antwortverhalten zu den gruppenbezogenen Einstellungen, zum einen Schüler_innen mit hohem kulturellem Kapital von den Gymnasien und Schüler_innen mit geringem kulturellem Kapital an „sonstigen allgemeinbildenden Schulformen“. Letztere zeigen sich deutlich kritischer⁷, so dass gerade hier die hochwertigen Angebote politischer Bildung zum Tragen kommen sollten.

RÜCKSCHLÜSSE ZUR POLITISCHEN BILDUNG AN SCHULEN

Das System Schule ermöglicht den sozial und kulturell benachteiligten Schüler_innen keinen gleichberechtigten Zugang zur politischen Bildung. Auch wenn die Erhebung nicht repräsentativ ist, illustriert sie exemplarisch die schulische Situation. Mögen die geringeren Fallzahlen der befragten Schüler_innen an den Berufs- und Berufsfachschulen nur vorsichtige Interpretationen erlauben, lassen sie sich dennoch als ein besonderes Handlungsfeld ausmachen. Die Dringlichkeit wird unterstrichen, da sich das Antwortverhalten der Schüler_innen an den sonstigen allgemeinbildenden Schulen häufig an die positiven Ergebnisse der Gymnasialschüler_innen in den Jahrgangsstufen 11-13 (Schulabschluss: Abitur) angleicht, das der Berufsschüler_innen jedoch eher nicht.

Schließlich verbleiben v.a. die besonders bildungsaffinen Schüler_innen in der gymnasialen Oberstufe, während die anderen häufig auf die Berufs- und Berufsfachschulen wechseln. Diese Schulformen sind aufgrund der diverseren Schüler_innenschaft, der zahlreichen Abschlüsse, Ausbildungsgänge und Unterrichtsstrukturen von besonderer struktureller und sozialer Heterogenität geprägt. D.h., das Schulsystem reagiert ziemlich kompetent auf Homogenität – v.a. an den Gymnasien und in den gymnasialen Oberstufen. Dagegen zeigt sich die fehlende Professionalität in Bezug auf Heterogenität als gesellschaftliche Teilhabebarriere: Für wessen politische Mündigkeit sich aber nicht eingesetzt wird, der setzt sich auch weniger für Demokratie und Vielfalt ein. Inwiefern der Zusammenhang von politischer und sozialer Ungleichheit durch die Schulformen noch reproduziert oder „nur“ nicht ausgeglichen wird, ist eine offene Frage. Sichtbar wird ein deutlicher bildungspolitischer Auftrag, Schulen, und zwar alle Schulen, in der

Kompensation herkunftsbedingter Disparitäten in der (politischen) Bildung besser aufzustellen. Denn Demokratie braucht politisch gebildete Demokrat_innen in allen Milieus und Gruppen. D.h., es muss die politische Selbstwirksamkeit und Politikkompetenz v.a. derjenigen gefördert werden, die von Disparitäten betroffen sind und deren geringere Teilhabemöglichkeiten sich in den politischen Einstellungen widerzuspiegeln scheinen. Eine entsprechende bildungspolitische Agenda liegt somit im Interesse der Demokratie selbst.

HANDLUNGSANSÄTZE:

- Stärkung der politischen Bildung als Unterrichtsfach, als fachübergreifendes Prinzip und als Unterrichts- sowie Schulkultur – auch in der Lehrkräfteaus- und -weiterbildung als Querschnittsthema.
- Begleitende Schulentwicklung für diejenigen Schulen und Schüler_innen, die einen besonderen Unterstützungsbedarf haben.
- Professionalisierung im Umgang mit Heterogenität: Individualisierung, Differenzierung, Sprachbildung: Politisches Handeln ist insbesondere kommunikatives Handeln.
- Zukunftsaufgabe Digitalisierung und politische Bildung: Schüler_innen auch für die politische Kommunikation im Netz mit Kompetenzen ausstatten.⁸
- (Politische) Emotionen und Misstrauen als thematische Angebote für Bildungsprozesse lesen und Handlungsansätze thematisieren - i.S. der Problem-, Schüler_innen- und Handlungsorientierung.
- Vielfalt und Konflikte zur politischen Kultur von Schule machen: Kontakte in Vielfalt ermöglichen, Konfliktfähigkeit fördern, abwertende Einstellungen und identitäre Demokratiekonzepte pädagogisch aufgreifen.
- Ein bundesweites Gesamtkonzept politischer Bildung in Form von nachhaltigen Regelangeboten und professionsbezogen (Studiengänge, Lehrstühle, Forschung) implementieren: frühkindlich, schulisch, außerschulisch und in der Erwachsenenbildung.

LITERATUR

Abs, H./ Hahn-Laudenberg, K. (2017): Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster. Waxmann.

Achour, S. (2018): Die „Gesplante Gesellschaft“. Herausforderungen und Konsequenzen für die politische Bildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Politische Bildung. 68. Jahrgang, 13–14/2018, 26. März 2018, S. 40-46.

Diedrich, M. (2007): Demokratische Schulkultur. Messung und Effekte. Münster. Waxmann.

Gaiser, W./ Hanke, S./ Ott, K. (Hrsg.) (2016): Jung-politisch-aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015, Bonn: Dietz Verlag.

Himmelmann, G. (2001): Demokratie Lernen: als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Sander, W. (Hrsg.) (2014): Handbuch politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Schäfer, A. (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt/a.M.: Campus.

Zick, A. et al. (2019): Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn. Dietz.

FUSSNOTEN

- 1 So verfügt bei 46% der befragten Gymnasialschüler_innen mindestens ein Elternteil über einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss, bei den sonstigen allgemeinbildenden Schulen ist dies lediglich bei 18% der Fall. 47% der Gymnasialschüler_innen geben zum kulturellen Hintergrund an („Bücherfrage“), dass zuhause so viele Bücher (ca. 200) existieren, um drei Bücherregale zu füllen. Dies geben von den sonstigen allgemeinbildenden Schulen mit 22% weniger als die Hälfte davon an.
- 2 Zusammengefasst wurden darunter: Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Integrierte Gesamtschulen und Realschulen.
- 3 Auf einer 5-stufigen Skala von „stimme gar nicht zu“ (Wert 1) bis „stimme völlig zu“ (Wert 5)
- 4 Anzumerken ist hier, dass Kompetenzen äußerst komplexe Konstrukte sind und entsprechende Messinstrumente erfordern. Dies trifft auch auf die didaktischen Prinzipien zu. Solche Messinstrumente stehen für die politische Bildung nicht zur Verfügung, so dass es sich hier nur um eine vorsichtige Annäherung hinsichtlich der Schwerpunkte der Kompetenzvermittlung und Gütekriterien handeln kann.
- 5 Gefragt wurde nach der Demonstrations- und Meinungsfreiheit, dem Streikrecht, der Pressefreiheit sowie dem Minderheitenschutz.
- 6 Die Vertrauenswerte liegen insgesamt nicht hoch, so dass eine Skepsis und auch Distanz gegenüber den für das politische System relevanten Institutionen und Akteuren zu beobachten ist.
- 7 Die festgestellten Mittelwertunterschiede in den Aussagen sind hinsichtlich des kulturellen und sozialen Kapitals mit wenigen Ausnahmen statistisch signifikant ($p \leq 0,05$). Ausnahmen in Hinblick auf den Zusammenhang zum sozialen Kapital stellen die Items 1, 10 und 11 dar, zum kulturellen Kapital nur das Item 11.
- 8 Während die jüngeren Klassenstufen (9-10) eine Online- Beteiligung genauso häufig als Partizipationsform wählen wie z.B. die Teilnahme an Demonstrationen (jeweils um die 10%), präferieren die älteren Jahrgänge dann deutlich häufiger andere Formate (Demonstrationen, Warenboykott und Unterschriftenlisten). Eine Distanz scheint sich v.a. gegenüber komplexer politischer Kommunikation im Netz abzuzeichnen, während das Liken und Unterzeichnen eher als niederschwellig empfunden wird.

Abbildung 2: „Welche Aussagen treffen auf Deinen Politikunterricht zu?“ — Zustimmungswerte der Schüler_innen der Jahrgangsstufen 9–10 nach Schulform, Angaben in Mittelwerten



Abbildung 3: „Welche der folgenden demokratiebezogenen Angebote gab es in den letzten Monaten außerhalb Deines Politikunterrichts?“ — Aussagen der Schüler_innen der Jahrgangsstufen 9–10 nach Schulform

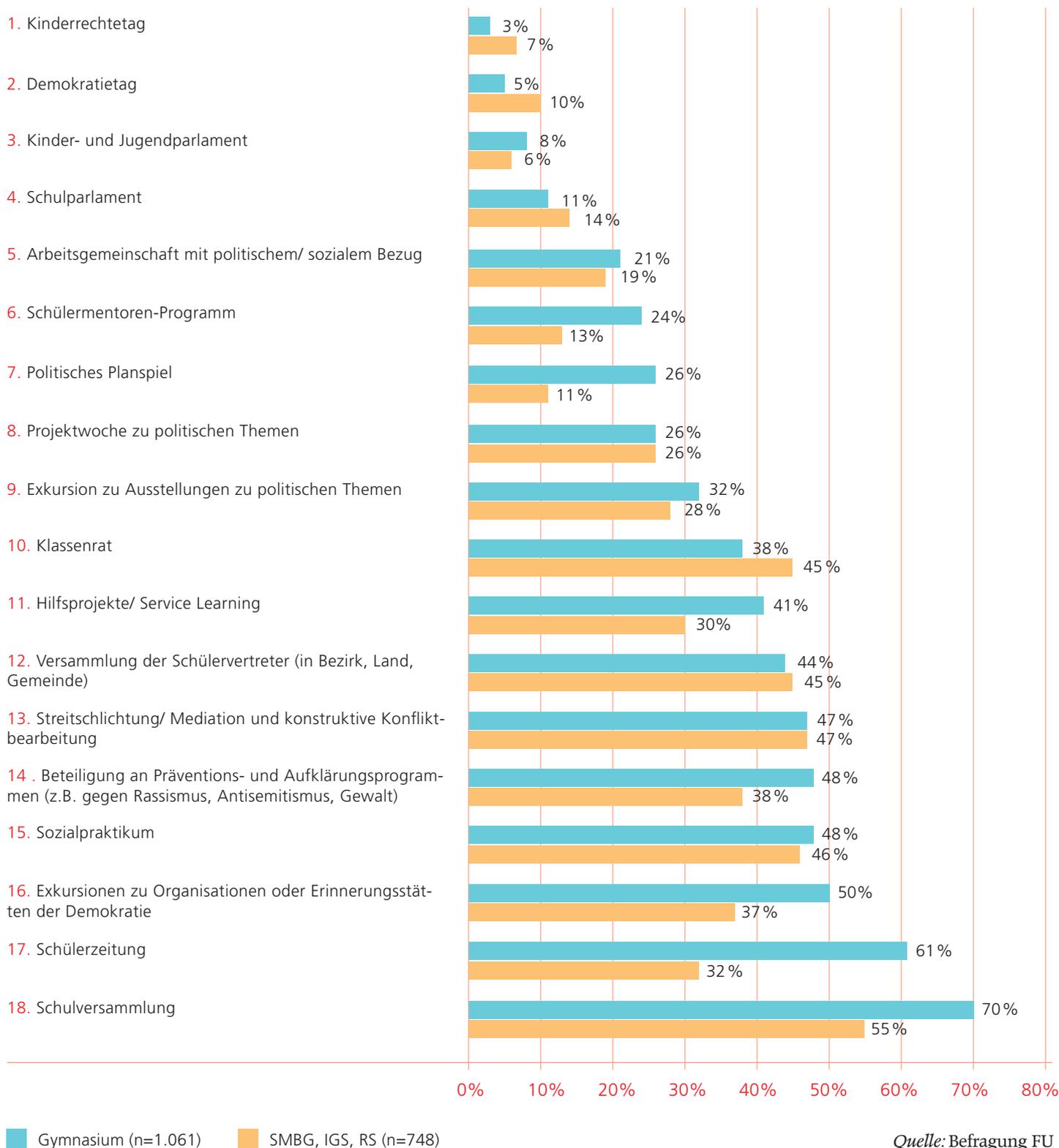


Abbildung 4: „Was denkst Du? Wie gut bist Du in den folgenden Aktivitäten?“ — Aussagen der Schüler_innen der Jahrgangsstufen 11–13 nach Schulformen und in Berufsfachschulen und Berufsschulen, Angaben in Mittelwerten

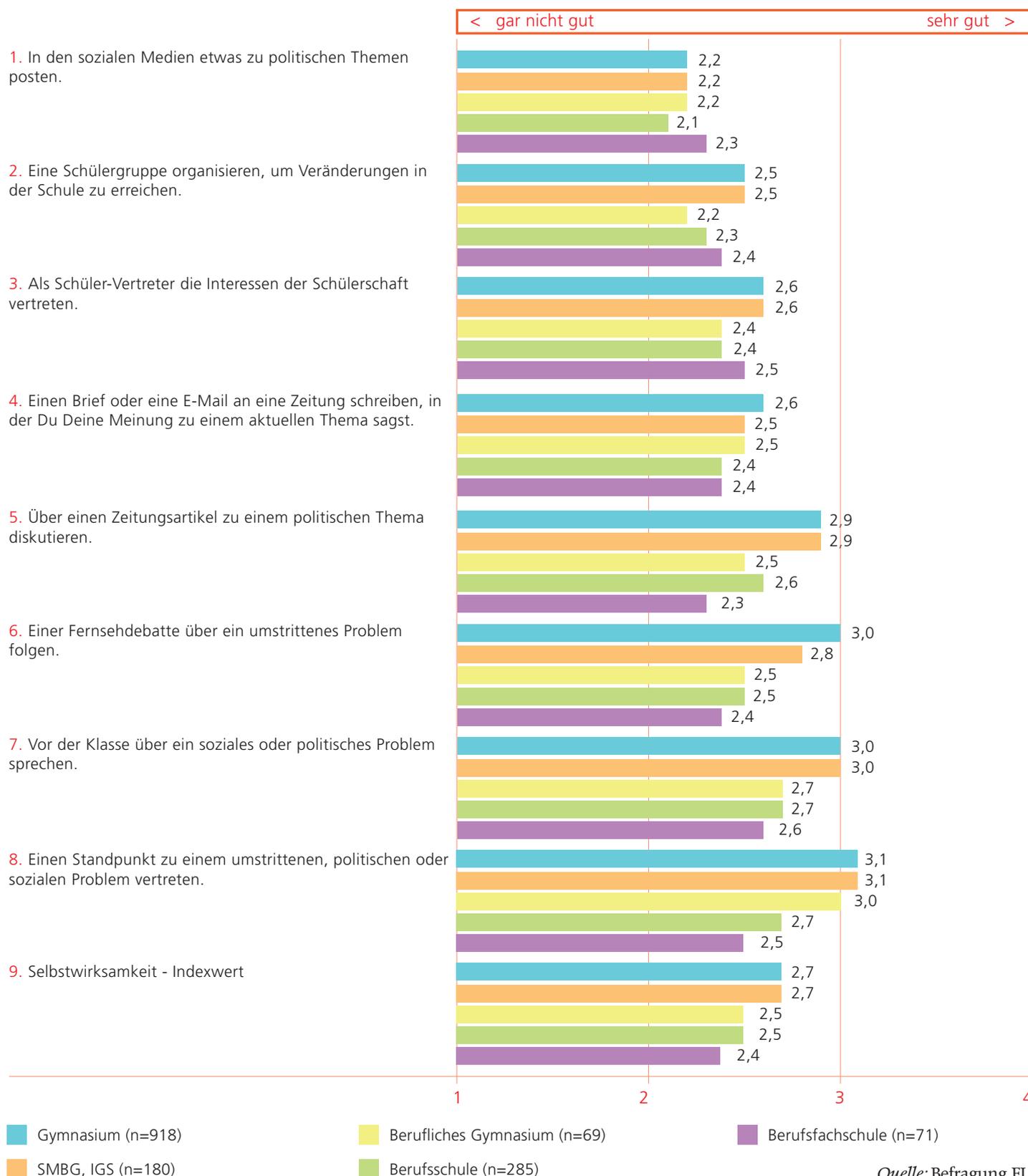


Abbildung 5: „Was hast Du bisher schon gemacht?“ — Aussagen der Schüler_innen der Jahrgangsstufen 11–13 nach Schulformen und in Berufsfachschulen und Berufsschulen

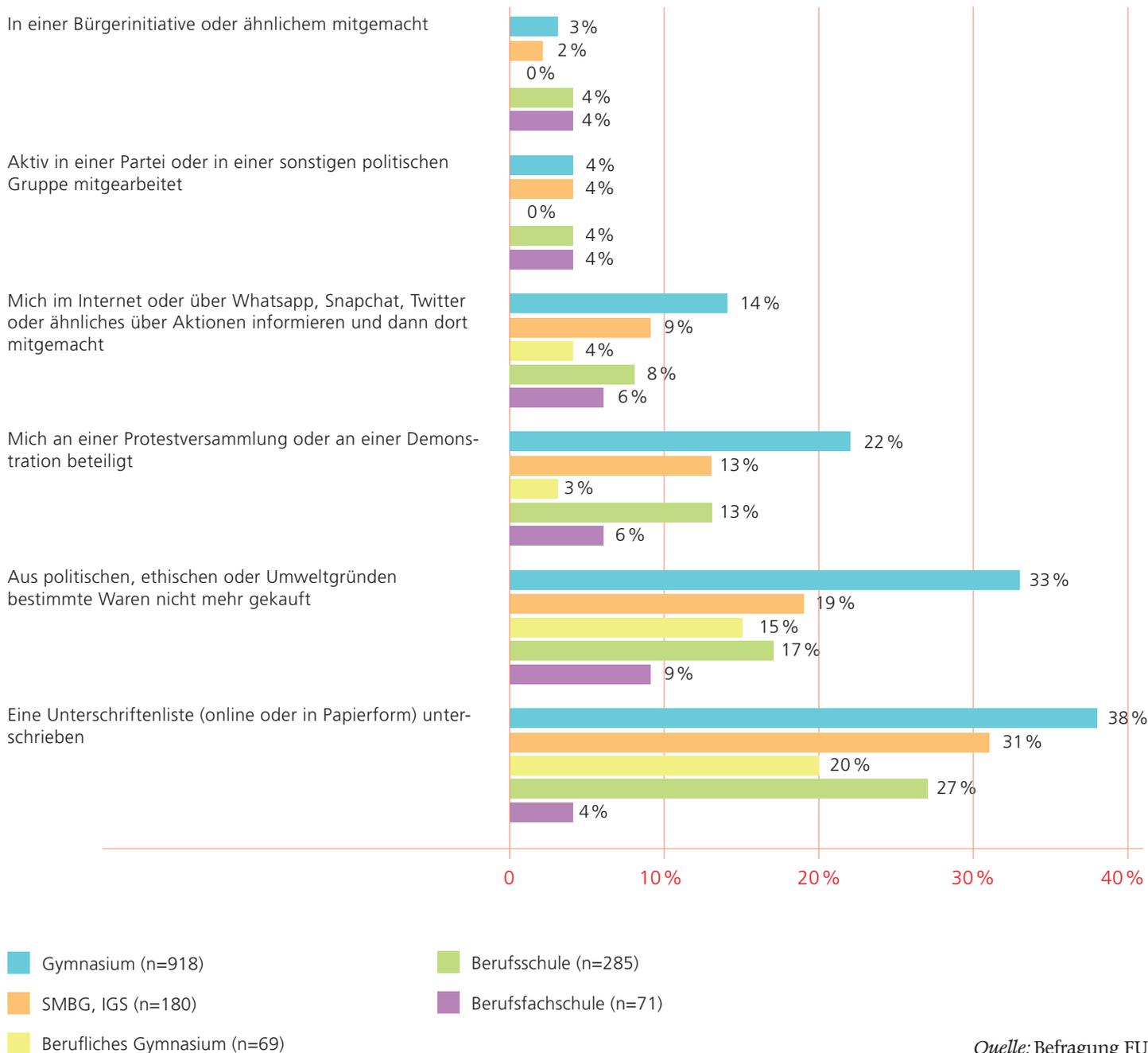
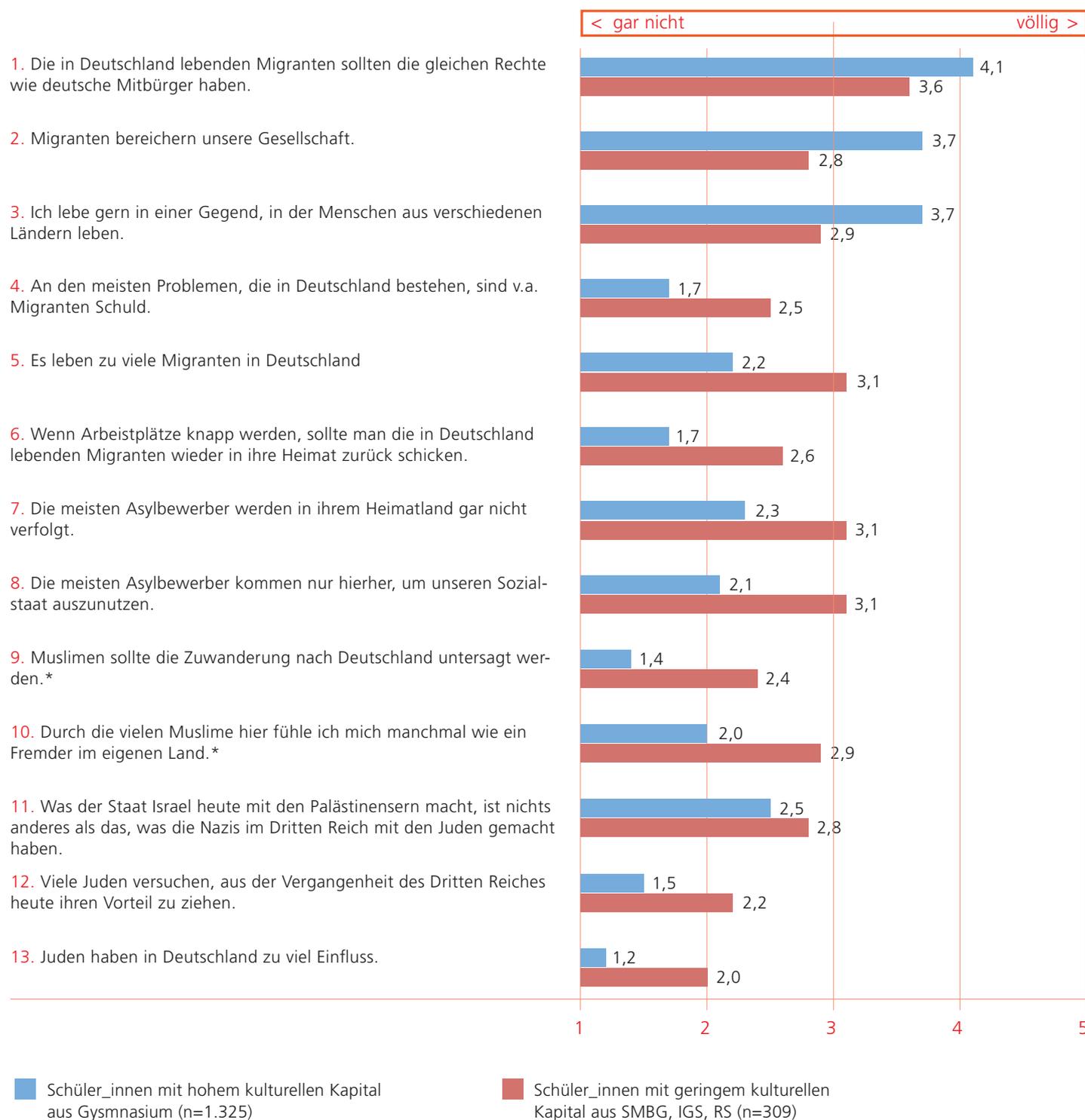


Abbildung 6: Gruppenbezogene Einstellungen von Schüler_innen mit hohem kulturellen Kapital und von Schüler_innen mit geringem kulturellen Kapital an „sonstigen allgemeinbildenden Schulen“



Bei mit * gekennzeichneten Aussagen wurden die Werte von Schüler_innen muslimischen Glaubens herausgerechnet.

DIE AUTORINNEN DIESER PUBLIKATION

Prof. Dr. Sabine Achour hat den Lehrstuhl für Politische Bildung/ Politikdidaktik am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin inne. Ihre Forschungsschwerpunkte erstrecken sich auf Fragen zu Migration, Diversity, Inklusion und Sprachbildung im Kontext von politischer Bildung.

Susanne Wagner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin im Fachbereich Politikdidaktik / Politische Bildung.

IMPRESSUM

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung 2019
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Abt. Studienförderung
Redaktion: Dr. Martin Pfafferott, Marion Stichler
Kollage (Seite 1), Gestaltung & Satz: minus Design, Berlin

DAS NETZWERK

Im Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung treffen sich bildungspolitische Akteure der Landes- und Bundesebene sowie Bildungsexperten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Anliegen des Netzwerks ist der offene und konstruktive Dialog mit dem Ziel, zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Bildungspolitik beizutragen. Das Netzwerk Bildung setzt sich für ganztägige Bildungseinrichtungen, frühe individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen ein.

Unsere Publikationen können Sie per E-Mail nachbestellen bei: marion.stichler@fes.de

Digitale Versionen aller Publikationen:
<https://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/bildung#c133409>

KONTAKT UND FEEDBACK

Dr. Martin Pfafferott
Bildungs- und Hochschulpolitik
martin.pfafferott@fes.de



Die diesem Paper zugrundeliegende umfangreiche Studie erscheint im Sommer 2019 als Veröffentlichung der Friedrich-Ebert-Stiftung.